

Anlage 12 Musterbescheid Feststellung vermögensverwaltende Gesellschaft/Gemeinschaft einschließlich Anlage

Finanzverwaltung <FA_Absender>

Auskunft erteilt

Durchwahl-Nr.

Zimmer

Steuernummer/Aktenzeichen

Datum

Bescheid über die gesonderte Feststellung des Werts von Anteilen an Vermögensgegenständen und von Schulden, die mehreren Personen zustehen, auf den ____ (Bewertungsstichtag) für Zwecke der Erbschaftsteuer nach § 151

Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BewG

- ☐ Der Bescheid ergeht an Sie mit Wirkung für und gegen die Erbengemeinschaft und alle Miterben.
- ☐ Der Bescheid ergeht an Sie als Empfangsbevollmächtigten für Name des Vertreters der Erbengemeinschaft mit Wirkung für und gegen die Erbengemeinschaft und alle Miterben.
- ☐ .

A. Art der Feststellung

- ☐ Der Bescheid ergeht nach § 164 AO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.
- ☐ Der Bescheid vom ____ wird durch diesen Bescheid geändert nach ____ .
- ☐ Der Bescheid vom ____ wird durch diesen Bescheid geändert nach § 164 Abs. 2 AO,
 - ☐ der Vorbehalt der Nachprüfung bleibt bestehen.
 - ☐ der Vorbehalt der Nachprüfung wird aufgehoben.
- ☐ .

B. Feststellung des Werts von Anteilen an Vermögensgegenständen und von Schulden, die mehreren Personen zustehen

für: Bezeichnung der Gesellschaft/Gemeinschaft

Straße/Haus-Nr. der Gesellschaft/Gemeinschaft PLZ Ort

Steuernummer der Gesellschaft/Gemeinschaft

aufgrund der Aufforderung des Finanzamtes Bezeichnung des auffordernden
Finanzamts gem. § 151 Abs. 1 Satz 2 BewG vom _____, Steuernum-
mer/Aktenzeichen _____, Bezeichnung/Name: _____

§ 151 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Bewertungsgesetz

Der Anteil am Wert von Vermögensgegenständen und Schulden, die mehreren Personen zustehen, ist in der Anlage des Bescheids dargestellt.

Die Anlage ist Bestandteil dieses Feststellungsbescheids.

C. Feststellungsbeteiligte im Sinne des § 154 BewG

- ☐ Erbgemeinschaft (Angabe aller Erben), Erbe, Schenker, Beschenkte -
Name und Anschrift
- ☐ zu bewertendes Vermögen der Gesellschaft/Gemeinschaft - Name und
Anschrift
- ☐ die Beteiligung haltende Gesellschaft - Name und Anschrift

D. Erläuterungen

Die Feststellungsbeteiligten lt. Abschnitt C haben jeweils einen Feststellungsbescheid gleichen Inhalts erhalten.

E. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Feststellungsbescheid ist der **Einspruch** gegeben. Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Zur Einlegung des Einspruchs ist der in § 155 BewG benannte Personenkreis befugt. Der Einspruch ist bei dem oben genannten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Bei der Einlegung soll der Verwaltungsakt bezeichnet werden, gegen den der Einspruch gerichtet ist. Es soll angegeben werden, inwieweit der Verwaltungsakt angefochten und seine Aufhebung beantragt wird. Ferner sollen die Tatsachen, die zur Begründung dienen, und die Beweismittel angeführt werden.

Die **Frist** für die Einlegung des Einspruchs beträgt **einen Monat**. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief oder Zustellung mittels Einschreiben durch Übergabe gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als

bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist. Bei Zustellung durch Zustellungsurkunde oder durch Einschreiben mit Rückschein oder gegen Empfangsbekenntnis ist Tag der Bekanntgabe der Tag der Zustellung.

F. Wichtige Hinweise

Soweit das Finanzamt diesem Bescheid Entscheidungen zu Grunde gelegt hat, die in einem Grundlagenbescheid getroffen worden sind, kann der Bescheid nicht mit der Begründung angefochten werden, dass die im Grundlagenbescheid getroffenen Entscheidungen unzutreffend seien. Dieser Einwand kann nur gegen den Grundlagenbescheid erhoben werden.

Die in diesem Bescheid getroffenen Feststellungen werden dem Erbschaft- oder Schenkungsteuerbescheid oder einem weiteren Feststellungsbescheid im Rahmen der sog. Bedarfsbewertung für Zwecke der Erbschaft- oder Schenkungsteuer (§ 151 Abs. 1 Bewertungsgesetz - BewG -) zu Grunde gelegt. Ein auf diesem Feststellungsbescheid beruhender Folgebescheid kann nicht mit der Begründung angefochten werden, dass die in dem Feststellungsbescheid getroffene Feststellung unzutreffend sei. Einwendungen gegen diese Feststellung können nur durch Einspruch gegen diesen Feststellungsbescheid innerhalb der Einspruchsfrist geltend gemacht werden. Auch wenn Sie gegen den Feststellungsbescheid Einspruch einlegen, bleibt der Erlass eines Folgebescheides (z. B. Erbschaft- oder Schenkungsteuerbescheid) zulässig. Soweit die Vollziehung des Feststellungsbescheides ausgesetzt wird, wird auch die Vollziehung des Folgebescheides ausgesetzt.

Anlage Vermögen und Schulden an einer Gemeinschaft nach § 151 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BewG zum Feststellungsbescheid vom

Steuernummer/Aktenzeichen:

Anteil des Erblassers an der Summe der Vermögensgegenstände und Schulden in %

	Gesamtwert (100 %) EUR	anteiliger Wert EUR
Vermögensgegenstände		
I. Ausländisches Sachvermögen		
a) Ausländisches land- und forstwirtschaftliches Vermögen		
b) Ausländisches Grundvermögen		
c) Ausländisches Betriebsvermögen		
II. Übriges Vermögen		
a) Kapitalforderungen mit einem Zinssatz von 3 % bis 9 % und sonstige nicht ab- oder aufzuzinsende Kapitalforderungen		
b) Andere - unter II.a) nicht aufgeführte - Kapitalforderungen mit einem Zinssatz unter 3 % bzw. über 9 %		
c) Steuererstattungs-/vergütungsansprüche		
d) Forderungen aus stiller Beteiligung		
e) Inländische Zahlungsmittel und Guthaben		
f) Ausländische Zahlungsmittel und Guthaben		
g) Festverzinsliche Wertpapiere, Zero-Bonds, Genussrechte u. Ä.		
h) Notierte Anteile an inländischen Kapitalgesellschaften und Anteile an ausländischen Kapitalgesellschaften Davon Beteiligung an Kapitalgesellschaften zu mehr als 25 %		
i) Investmentzertifikate und Anteile an offenen Immobilienfonds		
j) Geschäftsguthaben bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften		
k) Options-, Bezugsrechte u. Ä.		
l) Ansprüche auf Renten u. a. wiederkehrende Nutzungen/Leistungen		
m) Noch nicht fällige Ansprüche aus Lebens-/Kapitalversicherung		
n) Edelmetalle, Edelsteine, Perlen, Münzen und Medaillen		
o) Kunstgegenstände und Sammlungen		
p) Weiteres, oben nicht aufgeführtes übriges Vermögen		
Summe der Vermögensgegenstände		
Schulden und Abzüge, soweit sie nicht inländisches und ausländisches Betriebsvermögen oder entsprechendes land- und forstwirtschaftliches Vermögen betreffen		
a) Schulden mit einem Zinssatz von 3 % bis 9 % und sonstige nicht ab- oder aufzuzinsende Schulden		
b) Andere - unter a) nicht aufgeführte - Schulden mit einem Zinssatz unter 3 % bzw. über 9 %		
c) Steuerschulden		
d) Lasten aus Renten und anderen wiederkehrenden Nutzungen und Leistungen		
Summe der Schulden und Abzüge		